

16 JANVIER 1942

457

152

E 2001 (E) 1972/33/173

*La Division des Affaires étrangères du Département politique  
au Ministre de Suisse à Berlin, H. Frölicher*

*Copie**L DV Vertraulich*

Bern, 16. Januar 1942

Es ist in der letzten Zeit in den Berichten Ihrer Gesandtschaft verschiedentlich bemerkt worden, dass die deutsche Presse, wenigstens wenn darunter die massgebenden Blätter verstanden würden, keine Ausfälle mehr gegen die Schweiz sich zu schulden kommen lasse, dass aber andererseits die Einstellung schweizerischer Zeitungen zum deutsch-russischen Kriege stets noch Grund zu Beanstandungen gebe und eine grössere Mässigung dieser Organe in ihrer Stellungnahme zu den Kriegsgeschehnissen sich sehr empfehle. Wir können beifügen, dass wir diesen Rat auch von anderer Seite zu hören bekommen und dass wir ihn auch nach Gebühr beherzigen und, soweit es an uns liegt, ihm zur Berücksichtigung verhelfen.

Wir sind gerne bereit, zuzugestehen, dass sich im deutsch-schweizerischen Verhältnis manches gebessert hat und dass gewissen Wünschen von unserer Seite sowohl auf dem Gebiete der Presse als auch hinsichtlich der Situation der schweizerischen «Erneuerer» vermehrte Beachtung geschenkt worden ist. Diese Erfolge sind sicherlich nicht zum wenigsten der disziplinierteren Haltung unserer grossen schweizerischen Blätter zu verdanken, der gegenüber die gelegentlichen Entgleisungen der «Weltwoche», der «Nationalzeitung» oder der «Nation» nicht ins Gewicht fallen sollten. Indessen stehen leider diesen positiven Feststellungen andere Tatsachen gegenüber, die wir umsoweniger übergehen können, als sie die gegenwärtige Lage in bedeutend weniger günstigem Lichte zeigen und ein Gefühl der Beunruhigung hinterlassen.

Die Entsendung der schweizerischen Ärztemission<sup>1</sup> hat bisher zwar für die darin zum Ausdruck kommende «individuelle» Hilfsbereitschaft Anerkennung gefunden, aber man beeilt sich, in den offiziösen Verlautbarungen hinzuzufügen, dass es abwegig wäre, daraus irgendwelche politische Rückschlüsse zu ziehen. Schon diese Äusserung beleuchtet die gegenwärtige deutsche Einstellung zur Schweiz, die durch eine grosse Reserve gegenüber unserm Lande gekennzeichnet wird, welcher Zurückhaltung eine verhaltene Glut sich verbirgt, die jederzeit wieder zur Flamme der Zwietracht entfacht werden kann. Dass diese Beurteilung nicht fehlgeht, beweisen eindrücklich genug die kürzlich im «Reich» erschienenen Auslassungen des Reichsministers Goebbels, die in der Schweizerpresse einen unmissverständlichen Widerhall gefunden haben<sup>2</sup>. In einer Zeit, wo die Schweiz die Vertretung der deutschen Interessen in vielen Feindesländern übernommen hat<sup>3</sup> und die Bedeutung ihrer internationalen

1. Cf. *table méthodique*: 8. Missions médicales sur le front de l'Est.

2. *Sur cet article du 10 janvier 1942, cf.* E 2001 (D) 3/305.

3. Cf. *le rapport politique de Frölicher du 27 décembre 1941*: Herr von Weizsäcker, den ich vor

Vermittlungstätigkeit auf diplomatischem und humanitären Gebiet in die Augen springt, ist es schwer verständlich, dass von deutscher Regierungsseite ein Aufgaben der schweizerischen Neutralität postuliert werden kann, denn eine Solidarisierung im Kampfe gegen Russland müsste notwendigerweise für unser Land zum Verlassen der neutralen Position und damit auch zum Untergang seiner internationalen Mission führen. Wir müssen uns wirklich fragen, ob die Befürworter unserer Teilnahme am Kriege gegen die U.S.S.R. sich dieser Zusammenhänge recht bewusst sind und wie schwer sie uns die Erfüllung einer Aufgabe machen, die doch auch weitgehend im Interesse des Deutschen Reiches selber liegt. Es ist uns natürlich sehr daran gelegen, dass keine neue Polemik über diese Dinge entbrennt, aber es wäre uns wohl kaum damit gedient, wenn alle Zumutungen, die an unser Land gestellt werden, stillschweigend eingesteckt würden.

Andere Umstände kommen hinzu, um die gegenwärtige Atmosphäre der deutsch-schweizerischen Beziehungen als wenig freundlich erscheinen zu las-

---

kurzem traf, äusserte sich dahin, dass die Lage der Schweiz durch die Übernahme der Interessen der wichtigsten kriegführenden Mächte eine offensichtliche Stärkung erfahren habe. Wir dürften dies mit Genugtuung feststellen und daraus Zuversicht schöpfen.

Er habe sich bei der Entscheidung der Frage, wer die deutschen Interessen in USA übernehmen sollte, an meine Äusserung erinnert, dass wir bereit wären, diesen Dienst zu leisten, auch wenn wir gleichzeitig in die Lage kämen, den Schutz der Interessen von England und USA zu übernehmen. [...]

Das Jahr 1942 werde wahrscheinlich unerwartete Entscheidungen bringen. Es werde sich dann erweisen, dass unsere Aussenpolitik, wie ich sie in Berlin vertreten habe die richtige gewesen sei.

Diese Äusserung des Staatssekretärs – Herr von Weizsäcker liebt es, in Andeutungen zu sprechen – lässt allerdings verschiedene Auffassungen zu. Es fiel auch andern Beobachtern auf, dass der Staatssekretär einen pessimistischen Eindruck machte. [...]

Es ist klar, dass eine solche hoffnungsvollere Beurteilung am Ende des Jahres uns in keiner Weise dazu veranlassen darf, nun die bisherige Linie zu verlassen und unvorsichtig zu werden. Im Gegenteil, die Rolle des Treuhänders, die uns mit der Interessenwahrung wie ein Weihnachtsgeschenk übertragen worden ist, sollte für uns eine Verpflichtung sein, die Rolle auch richtig und glaubhaft zu spielen. Je mehr uns dies gelingt, desto stärker wir unsere internationale Stellung, desto sicherer wird unsere Lage.

Ich möchte noch einmal betonen, dass man es bei uns unbedingt vermeiden sollte, Viktoria zu rufen, wenn jetzt die Achsenmächte gewisse Rückschläge erleiden und wenn sich in der nächsten Zeit die Schwierigkeiten vermehren sollten. Hier sollte der Bundesrat ein Machtwort sprechen und von der öffentlichen Meinung und von Schweizerbürger Disziplin verlangen. Ich kann mir nicht denken, dass ein vernünftiger Schweizer dem nicht beipflichten wird (E 2300 Berlin/66).

*Une circulaire de la DIE du DPF adressée le 21 janvier 1942 aux Légations de Suisse à l'étranger reproduit la liste des intérêts étrangers défendus par la Suisse (au 15 janvier 1942): les intérêts allemands sont défendus en Grande-Bretagne (ainsi que dans ses colonies et dominions, sauf en Palestine, en Afrique du Sud, dans les Rhodésies du Nord et du Sud), aux Etats-Unis d'Amérique, en Syrie, au Liban, aux Indes néerlandaises orientales et occidentales (cf. E 2200 Paris 23/1). Par la suite, la Suisse assume aussi la défense des intérêts allemands en Irak et en Haïti (cf. la liste du 28 février 1942, E 2001 (D) 2/182).*

*Sur la défense des intérêts allemands par la Suisse, cf. notamment E 2001 (D) 3/98-99, E 2001 (D) 16/1, E 2001 (D) 17/44 et 66.*

sen. Durch unsern Spionageabwehrdienst musste leider festgestellt werden, dass Beamte verschiedener deutscher Konsulate sich des unerlaubten Nachrichtendienstes schuldig gemacht haben. Der Konsultssekretär Heilig<sup>4</sup> in St. Gallen hat von einem schweizerischen Soldaten, der deswegen einer sehr schweren Bestrafung, vielleicht sogar der Todesstrafe entgeht, Pläne über militärische Stellungen und Befestigungen gegen Bezahlung zu erwerben gewusst; ferner liegt Verleitung zu Munitionsdiebstahl vor. Heilig, der geständig ist, wurde trotz des schweren Deliktes lediglich über die Grenze gestellt, und er hat sich wegen der ihm zuteil gewordenen entgegenkommenden Behandlung auch anerkennend geäußert. In der gleichen Spionagesache befindet sich der ebenfalls geständige Diener des St. Galler Konsulats noch in Haft. Ferner musste ein Beamter<sup>5</sup> des Deutschen Konsulats in Basel, namens Bögemann, vor einigen Tagen ausgeschafft werden, da er durch einen schweizerischen Schwager, der Leutnant in unserer Armee ist und schwere Spionageverbrechen eingestanden hat, stark belastet wurde. Bögemann hat allerdings jede Schuld bestritten. Gegen weitere Beamte des gleichen Konsulats, wie anderer deutscher Konsulate, sind Untersuchungen noch im Gange, und es ist nicht ausgeschlossen, dass zu weitem Ausschaffungen geschritten werden muss. Es ist unnötig zu sagen, dass die Häufung solcher Vorkommnisse zu unerwünschten Folgen führen kann, die abzuwehren u. U. auch dem besten Willen schwer fallen könnte.

In diesem Zusammenhang verweisen wir noch darauf, dass im Jahre 1941 über 23 000 Deutsche das Visum für die Einreise in die Schweiz oder die Durchreise durch unser Land erhalten haben. Wenn man die entsprechende Zahl der deutschen Sichtvermerksbewilligungen an Schweizer daneben setzen wollte, so würde sie sich zweifellos äusserst bescheiden ausnehmen, und es ist begreiflich, dass dieser Zustand bei allem Verständnis für die aussergewöhnlichen Verhältnisse in Deutschland nicht befriedigen kann.

Mit unsern obigen Hinweisen verfolgen wir keinen andern Zweck als Ihnen einige Aufklärungen zu geben und Sie darüber zu unterrichten, wie grosse Schwierigkeiten noch zu überwinden sind, bevor von einer wirklichen Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz gesprochen werden kann. Für alles dankbar, was Sie auch weiterhin zur Beseitigung der zahlreichen Hindernisse auf diesem steinigen Wege zu unternehmen in der Lage sind, benützen wir den Anlass, um Sie, Herr Minister, erneut unserer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

---

4. *Sur cette affaire, cf. E 2001 (E) 1972/33/173. Trois condamnations à mort seront prononcées. Confirmées par les autorités fédérales, elles seront exécutées au début de 1943, cf. E 2001 (D) 3/52 et E 4001 (C) 1/24.*

5. *C. Stucki a souligné ce mot et écrit dans la marge: Bürohilfsarbeiter?*

## ANNEXE I

E 2001 (D) 2/133

*Le Ministre de Suisse à Berlin, H. Frölicher,  
à la Division des Affaires étrangères du Département politique*

*Copie*  
L F/AH

Berlin, 22. Januar 1942

Mit Ihrem Schreiben vom 16. d. Mts. führen Sie aus, dass die deutsch-schweizerischen Beziehungen trotz einiger lichterer Punkte immer noch prekär seien, und dass von heute auf morgen Rückschläge befürchtet werden müssen.

Indizien für den labilen Zustand der Beziehungen würden sich aus folgenden Hinweisen ergeben. Die Entsendung der Schweizerischen Sanitätsmission habe bei gewissen deutschen Stellen nicht die gebührende Anerkennung gefunden. Der Reichspropagandaminister habe mit seinem Artikel im «Reich» den Pressefrieden gebrochen. Beamte deutscher Konsulate in der Schweiz würden spionieren und schliesslich, die deutsche Einreisepraxis werde nicht so liberal gehandhabt wie dies bei uns der Fall sei.

So sehr ich Ihre Auffassung teile, dass die Gefahr noch nicht vorbei ist, so sehr scheinen mir bezüglich der obigen Darlegung gewisse Vorbehalte am Platze. Bezüglich der Ärztemission muss ich annehmen, dass Sie Ihre Feststellung der ungenügenden Würdigung seitens deutscher Stellen dem Bericht von Herrn Schnetzer im «Bund» entnommen haben<sup>6</sup>. Leider hat also die ungeschickte und unzutreffende Berichterstattung Schnetzers selbst in der Abteilung für Auswärtiges ihre Wirkung ausgeübt. Unter Hinweis auf meine anderweitige Berichterstattung möchte ich hier nochmals wiederholen, dass Schnetzer die Bemerkungen des Chefs der Presseabteilung im Auswärtigen Amt, Gesandten Schmidt, gar nicht selbst gehört hat und dass Herr Werner, auf den sich Herr Schnetzer beruft, in der «Tat» eine ganz andere Darstellung gibt. Schmidt hat sich im Gegenteil anerkennend über die Aktion ausgesprochen und auf Anfrage hin lediglich noch dazu gesagt, dass die Entsendung der Sanitätsmission, die freiwillig und aus humanitären Gründen erfolge, kein Beitrag der Schweiz im Kampf gegen den Bolschewismus bedeute. Dieser Bemerkung können wir ja nur beipflichten. Unrichtig ist es dagegen, wenn Schnetzer schreibt, dass man deutscherseits die Bedeutung der Sanitätsmission für die guten deutschschweizerischen Beziehungen bestreite. Jedenfalls hat sich mir gegenüber der Staatssekretär gerade im gegenteiligen Sinne ausgedrückt und auch der Chef des Heeresamtes, General Olbricht, hat bei dem Empfang der zweiten Ablösung der Sanitätsmission in seiner Ansprache betont, die Initiative der Schweiz bedeute, und dies freue ihn als Freund der Schweiz ganz besonders, eine Brücke der Verständigung.

Was nun der Artikel des Propagandaministers betrifft, so ist darauf hinzuweisen, dass Reichsminister Goebbels von uns keineswegs die Aufgabe der Neutralität verlangt hat. Kritisiert wurde der Mangel des Verständnisses der Schweiz und Schwedens für den deutschen Kampf gegen den Bolschewismus. Der Artikel richtete sich bekanntlich gegen den Präsidenten Roosevelt, und die neutralen Länder in Europa wurden nur in diesem Zusammenhang erwähnt, weil sie dem amerikanischen Präsidenten und nicht Hitler Beifall klatschen. Die Bemerkungen, die sich speziell auf die Schweiz bezogen, waren nur kurz. Schweden waren die längeren Ausführungen gewidmet. Es lag daher meines Erachtens keine Veranlassung vor, dass wir den Fehdehandschuh aufnehmen, umso mehr, als gewisse Zeitungen bei uns tatsächlich immer noch ihre Sympathien für die Gegner der Achsenstaaten allzu deutlich zeigen und den Bemerkungen des Reichsministers in einem gewissen Umfange Recht geben. Dass aber diese Ausführungen des Reichsministers, soweit sie die Schweiz betreffen, keine grosse politische Bedeutung haben, ergibt sich aus der Tatsache, dass die deutsche Presse das Thema nicht weitergeführt hat, ja sogar nicht einmal auf das teils falsche Echo in den Schweizerzeitungen reagierte. Selbstverständlich bin ich der Ansicht, dass wir dem Rat von Herrn

---

6. Cf. la lettre de Frölicher du 13 janvier 1942, E 2001 (D) 2/176.

Goebbels, im Kampf gegen Russland ideologisch Partei zu ergreifen, nicht Folge geben können, dass es aber richtig ist, weder der einen noch der andern Seite Beifall zu klatschen.

Die Verfehlungen deutscher konsularischer Beamter sind bedauerlich. Ich begrüsse es lebhaft, dass man schweizerischerseits gleich vorgegangen ist, wie Deutschland im Falle «Ketterer»<sup>7</sup>. Dabei nehme ich an, dass auch bei der Deutschen Gesandtschaft Vorstellungen erhoben worden sind, wie dies umgekehrt auch hier gemacht wurde, da der Gesandte, wenigstens in einem gewissen Umfang, auch für sein konsularisches Personal verantwortlich ist. Wenn sich diese Vorgänge auf den deutschen Konsulaten wiederholen sollten, so wäre in Erwägung zu ziehen, ob man nicht die Abberufung gewisser konsularischer Chefs verlangen sollte. Diese Vorgänge zeigen, wie nachteilig es ist, die offiziellen Vertretungen mit dem militärischen Nachrichtendienst zu belasten. Die Zwischenfälle haben aber meines Erachtens mehr protokollarische und nicht politische Bedeutung.

Bleibt schliesslich die Einreisepraxis. Nach unsern Feststellungen sind unsere Landsleute nicht schlechter behandelt als andere Neutrale, ja sogar als Angehörige verbündeter Staaten. Weil Deutschland im Kriege ist, kann nicht wohl eine materielle Gegenseitigkeit verlangt werden. Wenn Deutschland sich vor Spionen und unnützem Reiseverkehr zu schützen versucht, haben wir ein Interesse, uns Freunde in Deutschland zu schaffen und zu erhalten, von denen wir in diesen kritischen Zeiten keinen zu viel haben. Wichtiger als die an sich berechtigten Reklamationen der Einzelbürger ist das allgemeine Landesinteresse.

Zusammenfassend sehe ich also in Ihren Hinweisen wenig Grund zur Beunruhigung. Überhaupt darf man feststellen, dass bei Betrachtung der äussern Symptome die Diagnose nicht ungünstig ausfällt. Die Pressebeziehungen sind besser als je, Deutschland hat uns mit der Wahrung seiner Interessen in USA beauftragt. Die soeben hier stattgefundenen wirtschaftlichen Besprechungen (flüssige Brennstoffe, beschlagnahmte Güter) sind auffällig rasch, und in Berücksichtigung der Umstände, befriedigend verlaufen<sup>8</sup>. Die Vertreter des schweizerischen Luftamtes wurden hier mit der grössten Aufmerksamkeit empfangen<sup>9</sup>. Ich könnte noch mehr solche Momente anführen die zeigen, dass die Lage eher günstiger beurteilt werden darf.

Will man jedoch der Sache selbst auf den Grund gehen, so muss man sich weniger an die äussern Symptome, als an die Sache selbst halten. Deutschland steht zur Zeit in schwerstem Abwehrkampf im Osten und weiss nicht, welche Kräfte Russland im nächsten Sommer zur Verfügung hat. Es ist voll damit beschäftigt, sich auf die kommende Entscheidung vorzubereiten. Die Pläne für die Organisation eines neuen Europa müssen daher zurückgestellt werden<sup>10</sup>. Deutschland hat kein In-

7. *Sur l'emprisonnement de J. Ketterer, cf. E 2001 (D) 3/141.*

8. *Sur les négociations économiques, cf. Nos 82 et 176.*

9. *Sur les négociations sur le trafic aérien, cf. E 2001 (D) 3/540 et 544.*

10. *L'attitude du Département politique face aux plans pour une nouvelle Europe fait l'objet d'un entretien entre C. Rezzonico et R. Henne, le nouveau rédacteur des Nationalen Hefte qui sollicite une discussion à ce sujet. Le diplomate lui expose sa conception de la situation de la Suisse dans le monde, des devoirs qui nous incombent, des dangers que nous courons, etc. Je fais ressortir tout spécialement que nous ne pouvons pas, comme petit pays, attacher notre char à l'étoile de l'un ou l'autre des groupes de belligérants. Nous ne devons nous faire aucune illusion; lorsque la guerre sera terminée, les grandes Puissances sauront toujours tirer leur épingle du jeu et ne s'occuperont pas beaucoup des épingles des petits. C'est la raison pour laquelle la Suisse doit chercher à maintenir son intégrité politique et territoriale, son appareil industriel et économique, afin de pouvoir, le moment venu, entrer de nouveau en lice sur les marchés internationaux. Je ne crois pas, comme M. Henne, que l'Europe est déjà aujourd'hui unifiée. Cette unité de l'Europe est illusoire car elle repose sur l'occupation militaire. Une nouvelle Europe devra être organisée au point de vue économique, mais sur la base de la liberté des Etats et sur la base surtout de l'intérêt de chaque pays. Je ne crois pas non plus à une autarcie européenne dirigée contre un bloc anglo-saxon. Une unité européenne n'est viable qu'en rapport avec ses échanges avec le reste du monde. On ne pourra pas organiser une Europe industrielle sur une base de cartels dirigés par la politique. La Suisse doit continuer sa politique de neutralité et les*

teresse, bevor der Entscheid gefallen ist, die Schweiz, die ruhig arbeitet, in Frage zu stellen. Wir kommen daher auch nicht in die unangenehme Lage, von heute auf morgen zu dem heiklen Problem der deutschen kontinentalen Neuordnung Stellung nehmen zu müssen. Wir können unsere bisherige neutrale Politik fortsetzen und brauchen uns auch nicht durch gelegentliche Kritiken deutscher Propagandisten irre machen zu lassen, vorausgesetzt, dass wir in der Pressepolitik Ordnung halten.

Trotz dieser günstigen Beurteilung darf aber meines Erachtens ein neues Gefahrmoment nicht ausser Acht gelassen werden. Die militärischen Ereignisse haben unverkennbar zu einer Radikalisierung der Staatsleitung geführt. Hitler stützt sich offenbar im Hinblick auf Gefahren, die für das Regime drohen, stärker auf die Partei und die SS. Der Einfluss der besonneren Elemente dürfte daher abnehmen. Es besteht die Gefahr, dass der radikale Kurs, der sich jetzt in der Innenpolitik bemerkbar macht, auch über den Grenzen, im Machtbereich Deutschlands, zur Geltung kommt. Vielleicht handelt es sich bei diesen innenpolitischen Vorgängen nur um eine vorübergehende Phase, aber wir dürfen diese Gefahren nicht ausser Acht lassen. Nach wie vor muss die bewährte Politik der Vorsicht und Klugheit weitergeführt werden.

## ANNEXE II

E 2809/1/4

*La Division des Affaires étrangères du Département politique  
au Ministre de Suisse à Berlin, H. Frölicher*

*Copie*

*L DV Vertraulich*

Bern, 29. Januar 1942

Unsere Ausführungen über einige, die gegenwärtigen deutsch-schweizerischen Beziehungen beleuchtenden Tatsachen haben Sie veranlasst, in Ihrem Schreiben vom 22. d. M. hiezu Stellung zu nehmen und unsere Mitteilungen mit gewissen Vorbehalten zu versehen.

Ihrer Darstellung dürfen wir entnehmen, dass Sie, bei aller Verschiedenheit in der Bewertung gewisser Feststellungen in ihrer Bedeutung als Symptome, sich mit uns in Übereinstimmung darin befinden, dass gewisse Gefahrenmomente, die alle Aufmerksamkeit verdienen, bestehen bleiben. Diese Gefahr droht vom Einfluss radikaler Elemente auf die Staatsleitung her, und wir hatten gerade solche verborgene Tendenzen im Auge, als wir glaubten, Sie auf einige Tatsachen, die Ihnen z. T. nicht bekannt waren, hinweisen zu sollen. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, möchten wir nur in Kürze folgende Punkte richtigstellen:

1. Bei unserer Feststellung bezüglich der politischen Auswirkung der Tätigkeit der schweizerischen Ärztekommision haben wir nicht auf einen Bericht des «Bund» abgestellt. Sie fusste vielmehr auf einer Meldung des Deutschen Nachrichtenbureaus, die folgenden Wortlaut hat:

---

individus doivent tenir compte de cette politique du gouvernement et faire preuve eux-mêmes d'objectivité. Nous ne pouvons épouser des idéologies étrangères. Nous devons, certes, voir ce qui se passe à l'étranger, y prendre ce qui peut nous être utile et adapter ces choses utiles à notre esprit à nous avec des méthodes qui sont les nôtres. [...] La Suisse ne peut faire une politique à zigzags, nous sommes trop petits pour cela. Quelle figure ferions-nous si, par exemple, au moment où l'Allemagne avait conclu un traité avec la Russie le Gouvernement fédéral, écoutant certains avis venant de milieux pas trop éloignés de M. Henne, avait renoué des relations diplomatiques avec la Russie? Nous ne pouvons pas signer des accords aujourd'hui et les oublier demain. [...] (E 2001 (D) 2/128). Lue par M. Pilet-Golaz, puis par P. Bonna le 13 décembre 1941, cette notice est caractéristique de l'évolution des milieux «rénovateurs» auxquels il est fait allusion ci-dessus, dans le deuxième paragraphe de la lettre du 16 janvier 1942.

27 JANVIER 1942

463

«Wie man hört, ist eine Schweizer Ärztedelegation auf der Durchreise durch Deutschland nach der Ostfront begriffen. Es handelt sich um die jeden dritten Monat erfolgende Ablösung der an der Ostfront tätigen Schweizer Ärzte. Diese Mission geht vom Roten Kreuz aus und wird aus freiwilligen Sammlungen finanziert. In Deutschland zollt man der darin zum Ausdruck kommenden individuellen Hilfsbereitschaft grösste Anerkennung. Daraus aber irgendwelche politischen Rückschlüsse zu ziehen, hält man in hiesigen politischen Kreisen für abwegig.»

2. Wie Sie richtig bemerken, kann die Schweiz dem Rat des Herrn Goebbels, im deutschen Kampfe gegen Russland auch nur ideologisch Partei zu ergreifen, nicht Folge geben. Wenn sie sich dazu verleiten liesse, könnte sie den Kampfverbündeten der Sovietunion vielleicht Grund zu der Behauptung geben, dass sie ihre Neutralität verletzt habe. Wir möchten die Bedeutung der Ausfälle des Herrn Reichsminister Goebbels keineswegs übertreiben, aber es wäre noch weniger klug, wenn man die ihnen zu Grunde liegenden Momente verkennen oder ignorieren wollte.

3. Die Verfehlungen deutscher Konsulatsbeamter hätten wir in diesem Zusammenhang kaum erwähnt, wenn die Häufigkeit und die Schwere der Vergehen, in die etwa ein Dutzend Angehöriger unserer Armee verwickelt sind, nicht aufsehenerregend wäre. Es kommt hinzu, dass daneben noch eine ganze Anzahl weiterer Spionagestraffälle gegen deutsche Agenten in der Schweiz hängig sind. Auch wir möchten wünschen, dass die Zwischenfälle mit den Konsulatsbeamten nur protokollarischer Natur seien, aber die uns bereits zugegangenen Repressalienandrohungen geben leider den Vorkommnissen ein weniger harmloses Aussehen.

4. Was schliesslich die deutsche Praxis der Erteilung von Reisevisas betrifft, so haben wir uns nicht darüber beklagt, dass unsere Landsleute schlechter behandelt werden als andere Neutrale, als welche übrigens praktisch bloss mehr die Schweden in Betracht kommen können. Es wird niemand einfallen, Deutschland das Recht zu bestreiten, sich vor Spionen und unnützem Reiseverkehr zu schützen, aber es liegt auch zweifellos in unserm Landesinteresse zu verlangen, dass diese Massnahmen nicht einseitig zu Gunsten deutscher Reisender und zum Nachteil von Schweizer-Reisenden angewendet werden. Wir sollten auch erwarten dürfen, mit solchen Erwägungen bei den zuständigen deutschen Stellen Gehör zu finden, ohne Gefahr laufen zu müssen, uns dadurch deutsche Freundschaften zu verscherzen.

Wir gehen mit Ihnen durchaus darin einig, dass gegen die uns unfreundlich gesinnten Kreise und ihr Treiben schwer anzukommen sein wird und dass die Verwendung uns wohlgesinnter Persönlichkeiten nur in beschränktem und vorsichtigem Mass in Betracht fallen kann. Wenn wir Sie über Wahrnehmungen unterrichten, wie es in unserm Schreiben vom 16.d.M. geschehen ist, so bezwecken wir damit nichts anderes, als Ihnen ein für Ihre Tätigkeit nützliches Material an die Hand zu geben.